

libern, wenn ihm nicht immer von neuem gesunde und kräftige Menschen geboren und erzogen werden, die dem Lebenskampf fröhlich und körperlich gewachsen sind. Eine besondere Seite dieser Aufgabe ist die Wehrhaftigkeit. Die Wehrhaftigkeit des deutschen Volkes liegt eine geistige und körperliche Wehrhaftmachung voraus, wie sie durch die Geländeparklehrgänge des Reichskuratoriums für Jugendberückung erreicht wird.

Alle Berufsarbeit ist pflichtmäßige Leistung im Dienst von Volk und Staat. Diese Auffassung stellt den tiefen Sinn aller Berufsarbeit wieder her. Die Schulen aller Arten haben die Aufgabe, diese Berufsauffassung in ihren Schülern zu entwickeln und zu festigen. Auch der äußere Aufbau des Schulwesens muß dieser Aufgabe entsprechen. Der Volksschule, die in Wahrheit die Schule des Volkes ist, hat die erste Sorge der Nation zu gelten. Sie ist in der Vergangenheit häufig zugunsten der höheren Schulen und der Hochschulen vernachlässigt worden. Der Zugang zu höherer Schule und Hochschule darf fernerhin nicht vom völlig freien Belieben der Eltern der Schüler derart abhängig sein, daß die Zahl der Abiturienten und Hochschulzler jedes vernünftige Verhältnis zum Bedarf der Berufe an höher ausgebildeten Kräften verliert.

Aus diesen Ausführungen ergibt sich bereits, daß die schulpolitischen Bestimmungen der Reichsverfassung keine geeignete Ordnung des deutschen Schulwesens ermöglichen. Es geht nicht an, Erziehungsberechtigte, die die Bindungen an Volk und Staat außer acht lassen, von Staates wegen und mit Staatsmitteln instand zu setzen, ihre volks- und staatsfeindlichen Auffassungen durch besondere Schulen zu verbreiten und durch die Kinder zu verewigen. Es kann und darf für die Länder, in denen zwischen dem 9. November 1918 und dem 14. August 1919 der bis dahin christliche Charakter der Volksschule beseitigt worden ist, kein Hindernis geben, diesen christlichen Charakter wiederherzustellen.

Die nationale Regierung will unbedingt den politischen Charakter der Schule in dem Sinne hergestellt wissen, daß die Schule durch ihre Erziehung die gliedhafte Einordnung der Schüler ins Volksganze herbeiführt, damit der geschlossene politische Wille auch für die Zukunft eine starke und dauernde Grundlage im Volk findet. Dies bedeutet den Ausschluß aller Strömungen aus dem Schulbereich, die die nationalpolitische Erziehungsaufgabe der Schule gefährden können.

## Zur kirchlichen Neugestaltung.

### Reichskirche und „deutsche Christen“.

Berlin, 9. Mai. Die „Tägliche Rundschau“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem Bevollmächtigten des Reichskanzlers für die evangelische Kirche, Wehrkreispfarrer Müller, über die Frage Reichskirche und deutsche Christen. Auf die Frage: „Was erwartet der Kanzler Adolf Hitler von Ihnen?“ erwiderte Pfarrer Müller: „Ich soll dafür sorgen, daß der Kampf um die Zukunft der evangelischen Kirche nicht so geführt wird wie der politische Kampf. Adolf Hitler will keine Religionskriege heraufbeschwören.“

Ueber sein Verhältnis zu den „deutschen Christen“ legte Pfarrer Müller in Anknüpfung an die Kampfzeitschriften der deutschen Christen Dtpreuchens u. a. folgendes dar:

„Unser Vaterland braucht eine starke evangelische Kirche, die mehr als bisher imstande ist, eine Durchdringung des gesamten Volkswesens mit den sittlich erneuernden Aufbaufähigkeiten des Evangeliums zu gewährleisten und unheimliche vergiftende Einflüsse, wie Materialismus, Bolschewismus, würdelosen Pazifismus, vom deutschen Volkskörper fernzuhalten.“

Wir fordern u. a. eine neue Kirchenverfassung; die den überall bereits erledigten Parlamentarismus und das demokratische Wahlrecht vermeidet, Vereinerung der evangelischen deutschen Landeskirchen zu einer Reichskirche bei pietätvoller Wahrung geschichtlich begründeter Sonderrechte.

Wir treten ein für die völlige Wahrung des Bekenntnisstandes der Reformation, verlangen aber eine Weiterbildung des deutschen evangelischen Bekenntnisses im Sinne scharfer Abwehrmaßnahmen gegen alle modernen Irrlehren. Die Ewigkeitswahrheit Gottes, wie Christus sie gelehrt hat, soll in einer der deutschen Seele verständlichen Sprache und Art verkündet werden.

Was die Zusammenarbeit mit den drei Bevollmächtigten des Kirchenbundes anlangt, so sei sie über alles Erwarten herzlich und außerordentlich gut, so wie der Herr Reichskanzler es sich gewünscht habe.“

## Die Schutzpolizei ausschließlich Staatsinstrument.

### Ein grundsätzlicher Erlass des preußischen Ministerpräsidenten.

Berlin, 9. Mai. (E. M.) Ministerpräsident Goering hat in seiner Eigenschaft als preußischer Minister des Innern einen Erlass herausgegeben, in dem zu der Frage der politischen Beteiligung in der Schutzpolizei Stellung genommen wird. In diesem Erlass wird u. a. das Tragen von politischen Abzeichen und Armbinden, auch Halbkreuzarmbinden, zur Uniform verboten. Die Teilnahme von Polizeibeamten in Uniform an Umzügen nationaler Verbände unterliegt in jedem Falle der Genehmigung des Kommandeurs der Schutzpolizei. Eine eventuelle Betätigung ist lediglich in geschlossenen Formationen zulässig. Die vorhandenen nationalsozialistischen Fachschaften bleiben bestehen, irgendeine Einwirkung auf dienstliche Angelegenheiten ist jedoch verboten. Falls in den Formationen der Schutzpolizei noch Organisationen anderer nationaler Verbände vorhanden sein sollten, sind diese sofort aufzulösen. Der Schutzpolizei wird als Zeichen des Sieges der nationalen Revolution das weiße Halbkreuz am Stahlhelm und ferner für die geschlossene Polizeitruppe als Ehren- und Feldzeichen amtliche Fahnen mit dem Siegeszeichen der nationalen Erhebung verliehen.

Weiter wird in dem Erlass ausgeführt: Nachdem die SA und SS zu öffentlich anerkannten Organisationen mit eigenem Dienststrafverfahren erhoben worden sind, ist die Mitgliedschaft zu diesen Organisationen für die Angehörigen der

Schutzpolizei, die selbst einen Grundpfeiler der Macht des Staates bilden, unmöglich geworden. Soweit deshalb Angehörige der Schutzpolizei den genannten Verbänden als Mitglieder angehören, haben sie sofort auszutreten. Das Gleiche gilt für die Mitgliedschaft beim Stahlhelm.

Schließlich wird in dem Erlass noch ein neues Gesetz über die Disziplinarstrafgewalt in der Schutzpolizei angefügt.

Die erste Biographie, die über den preußischen Ministerpräsidenten Goering erschien, hatte den etwas erstaunlichen Titel „Goering, was fällt Ihnen ein!“ Selten traf ein Titel besser ins Schwarze, denn wenn man etwas dem preußischen Ministerpräsidenten nachrühmen kann, so ist es seine plötzlich auftretende Entschlossenheit, die einen Gedanken schon zu Ende gedacht und die notwendigen Folgerungen daraus gezogen hat, ehe weit umher noch kaum der Anfang dieses Gedankens dämmert. Auch die letzten Anordnungen, die aus dem preußischen Innenministerium ergangen sind, sprechen von dieser Entschlossenheit, die eine unerlässliche Voraussetzung für jedes wirkliche Führertum ist. Darunter fallen die neuen Erlasse, die sich gegen Einzelaktionen und gegen das Hineinregieren aller möglichen privaten und parteimäßig ausgezogenen Organisationen wenden, und darunter fällt vor allem dieser grundsätzliche Erlass an die preußische Schutzpolizei, die von nun an wieder als ein festgeschlossener Körper dasteht, und die einzig und allein ihre Aufgabe darin sehen muß, ein Instrument in der Hand des Staates zu sein. Das ist ein Schritt zur Normalisierung der Verhältnisse und damit zur Stabilisierung des neuen Staates, wie er bedeutungsvoller nicht gedacht werden kann.

## Besprechung Hugenbergs mit Darré.

Berlin, 10. Mai. (E. M.) Reichsernährungsminister Dr. Hugenberg hatte gestern eine Aussprache mit dem nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Darré, dem agrarpolitischen Sachverständigen der NSDAP.

## Die Anzeichen der Besserung mehrten sich!!

Es wird wieder mehr gekauft. Das wird auch beim bevorstehenden Frühjahrsmarkt in Erscheinung treten, der reges Leben in die Stadt bringen wird.

Die gesteigerte Kauflust kann die Geschäftswelt weiter anregen, wenn sie im „Sächsischen Erzähler“ die Vorzüge und Preiswürdigkeit ihrer Ware bekannt gibt.

## Wir bitten um rechtzeitige Aufgabe der Jahrmärkte-Anzeigen!

## Eine verdiente Lektion.

### Die Münchner sozialdemokratische Stadtratsfraktion aus dem Sitzungssaal ausgewiesen.

In München haben die der SPD. angehörenden Mitglieder des Stadtrats seinerzeit bei einer Ehrung des Reichskanzlers und des Reichsstatthalters von Epp den Saal verlassen. Daraufhin sind sie jetzt von den Nationalsozialisten aufgefordert worden, weiterhin nicht an den Beratungen des Stadtrats teilzunehmen. Als die SPD-Stadträte nicht den Saal verließen, wurden sie von den Mitgliedern der NSDAP gewaltsam hinausgedrängt. Diese Lektion ist wohlverdient. Bekanntlich hat die Sozialdemokratie schon im alten Reich die üble Gewohnheit eingeführt, sich an Huldigungen für das Staatsoberhaupt und an nationalen Kundgebungen nicht zu beteiligen. Der liberalistische Staat des Vorkriegsdeutschlands hat diese Taktlosigkeit und Unverschämtheiten ruhig hingenommen. Abgesehen davon, daß sich die nationale Presse jedesmal pflichtgemäß darüber aufregte, passierte weiter nichts. Denn man hatte ja das „Recht der freien Meinungsäußerung“. Der Staat der nationalen Revolution ist nicht genossen, diese „Freiheiten“ bestehen zu lassen. Wer sich nicht in die Gemeinschaft des nationalen Lebens einordnet, der muß sich gefaßt lassen, von dieser Gemeinschaft ausgeschlossen zu werden. Die sozialdemokratischen Stadtratsmitglieder in München, hatten offenbar, diese Demonstration dazu benutzen zu können, um ähnliche Akte der passiven Resistenz gegen die nationale Regierung vorzubereiten und durchzuführen zu können. Ihnen ist jetzt handgreiflich klargemacht worden, daß der nationale Staat nicht daran denkt, diese Methode der Agitation durchgehen zu lassen. Uebrigens haben die Sozialdemokraten an anderen Stellen die Zeichen der Zeit erkannt und es vorgezogen, solche Unverschämtheiten Demonstrationen zu unterlassen. Der Vorgang in München wird sich in den Kreisen der SPD. schnell herumreden, und die Herrschaften werden lernen, welches Maß an Takt und Zurückhaltung der nationale Staat von ihnen erwartet. Wenn sie dieses Mindestmaß an Rinderstube nicht aufbringen, dann wird ihnen auch an anderen Stellen begrifflich gemacht werden, daß die Zeiten vorbei sind, in denen die Fliegerei sozusagen die offizielle Staatsgesinnung war. Der Münchner Stadtrat wird ohne die Mitwirkung der verehrlichen SPD. wahrlich fruchtbarere Arbeit leisten als vorher.

**ODOL ZAHNPASTA**  
erhält die Zähne schön weiß & gesund

## Der Reichskommissar für Preisüberwachung zur Entwicklung der Margarine-Preise.

Berlin, 9. Mai. Der Reichskommissar für Preisüberwachung gibt bekannt: Die Entwicklung der Kleinhandelspreise für Margarine zeigt vielfach Preissteigerungen auf, die in den Maßnahmen der Reichsregierung zum Schutze der heimischen Fettversorgung nicht begründet sind.

Es wäre mit der Fettversorgungspolitik der Reichsregierung völlig unvereinbar, wenn die jetzige planmäßige Umlagerung des deutschen Fettolumens dazu benutzt werden sollte, die bisher im Fettgeschäft üblichen Handelspannen, etwa aus Gründen der zeitweiligen Umschulung, zu erhöhen.

Auch hier geht wie überall: Gemeinnutz vor Eigennutz. Der Reichskommissar für Preisüberwachung wird die Preisbildung genauestens überwachen und einer Ausweitung der Handelspannen mit allen Mitteln entgegenwirken.

## Günstiger Eindruck der Erklärungen des Reichswehrministers in Genf. — Leichtere Entspannung.

wit Genf, 9. Mai. Heute vormittag wurden die Besprechungen über den weiteren Gang der Abrüstungsarbeiten zwischen den Vertretern Deutschlands, Frankreichs, Englands, Italiens und Amerikas unter dem Vorsitz des Konferenzpräsidenten Henderson fortgesetzt. Auch diese Besprechungen hatten noch kein endgültiges Ergebnis, so daß die für den Spätvormittag vorgesehene Sitzung des engeren Präsidiums der Konferenz auf den Nachmittag verschoben werden mußte. Wie man hört, wird auch die Nachmittags-Sitzung des Präsidiums keinerlei große Bedeutung haben, da bis dahin die privaten Besprechungen noch nicht abgeschlossen sein dürften. Von verschiedenen Seiten wird eine leichte Entspannung der Situation verzeichnet. Die Besprechungen standen ganz unter dem Eindruck des bekannten Interviews des Reichswehrministers. Von verschiedenen Seiten wird darauf hingewiesen, daß diese Erklärungen positive Ausblicke für die weitere Gestaltung der Konferenzarbeiten eröffnen. Die Ränder der Abrüstungsgegner, die in den letzten Tagen immer stärker darauf ausgingen, Deutschland Sabotage der Konferenzarbeiten vorzuwerfen, sind durch diese Erklärungen des Reichswehrministers mit außerordentlich starker Wirkung, die bereits jetzt hier spürbar ist, durchkreuzt worden.

## Scharfe Lebensmittelkontrolle bei Konsumvereinen.

Dresden, 10. Mai. Das sächsische Ministerium des Innern hat folgende Verordnung erlassen:

Größte Vernachlässigung der für den Verkauf zu beachtenden hygienischen Anforderungen bei einzelnen Verkaufsstellen von Konsumvereinen geben Veranlassung, den mit der Durchführung der Lebensmittelkontrolle betrauten Polizeibehörden und Sachverständigen eine scharfe Kontrolle aller Lebensmittelverkaufsstellen von Konsumvereinen zur besonderen Pflicht zu machen.

Ergeben sich hierbei Mängel, ist mit Nachdruck auf Grund des Lebensmittelgesetzes einzuschreiten und gleichzeitig Entschloßung wegen Unterfügung des Handels mit Gegenständen des täglichen Bedarfs zu fassen.

## Aus der Oberlausitz.

Bischofswerda, 10. Mai.

Der Ehrenbürgerbrief der Stadt Bischofswerda für den Reichskanzler Adolf Hitler ist nunmehr fertiggestellt. Die Ausführung ist sehr gediegen. Der Brief ist in Buchform (35½ Zentimeter lang, 26 Zentimeter breit) gehalten. Nach dem Stadtsfarben blau-gelb ist der Umschlag mit blauem Saffianleder überzogen und trägt goldene Schrift- und Randprägung. Die Aufschrift lautet: Ehrenbürgerbrief der Stadt Bischofswerda. Die erste Seite nach dem Innern mit Atlasseide gefüllter Umschlag zeigt das buntsfarbige Wappen der Stadt Bischofswerda. Auf der nächsten Seite ist dann der in großer Frakturschrift geschriebene Ehrenbürgerbrief folgenden Inhalts zu lesen:

### Ehrenbürgerbrief.

Wir, der Rat der Stadt und die Stadtverordneten der Stadt Bischofswerda in Sachsen, bezeugen hiermit, daß wir unjerm Reichskanzler, Herrn

Adolf Hitler

das

Ehrenbürgerrecht

unserer Stadt zufolge einmütiger Beschlüsse am 24. März 1933 verliehen haben. Wir bringen damit die Gefühle unseres unaußersächlichen Dankes, unserer höchsten Verehrung für den Kanzler der nationalen Erhebung und unerschütterliche Treue zum Ausdruck.

Bischofswerda, am 1. Mai 1933.

(Stempel)

Der Rat der Stadt.

S. W.

Dr. Konstantin.

Die folgenden vier Büttenseiten enthalten vier, von Herrn Herberich Schöne ausgeführte Federzeichnungen. Diese stellen 1. das Rathaus, 2. die Hauptkirche, 3. die Hauptkirche, das Rathaus und die katholische Kirche, vom Napoleonstein aus gesehen, und 4. den Rundturm am Schwedensteig (Durchgang von der Baugner Straße zur Georgstraße) dar. Um den Einband schlingt sich eine blaue seidene Quaste. Der Ehrenbrief kommt an den Reichskanzler zur Abendung, sobald die offizielle Annahme der Ehrenbürgerchaft bestätigt ist. — Es ist schon angeregt worden, Nachbildungen dieses historischen Dokuments herzustellen, doch müßte sich eine entsprechende Anzahl Abnehmer finden.

— **Mittwoch.** Der Mittwoch soll diesmal nicht nur mit schönen Worten gefeiert werden, sondern mit opferbereiter Tat, indem für die Zwecke der Muttererholung gesammelt wird. In Bischofswerda wird am kommenden Sonntag und Sonntag vom christlichen Frauenverein und vom Roten Kreuz eingesammelt. Beide Organisationen haben sich im Interesse der Bischofswerdaer Mütter zusammengeschlossen. Die Sammlung wird als Haus- und Straßensammlung durchgeführt, erstere hat in erster Linie der Frauenverein, die zweite am Sonntag, 1 Uhr, das Rote Kreuz übernommen. Schon der am Donnerstagabend stattfindende Familienabend des Frauenvereins wird auf die